

## **Antrag**

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Edith Kollermann gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: Bürokratie abbauen, um Potentiale bei der Windkraft voll auszunützen

Windräder sind ein wirksamer Beitrag zur Lösung der Klima- und Energiekrise. Sie können rasch umgesetzt und in Betrieb genommen werden, sodass ein Ausstieg aus fossiler Energie und die Unabhängigkeit von Energieimporten zeitnah möglich ist. Die Windenergie kann dafür einen entscheidenden Anteil liefern. Das Potential der Windkraft in Österreich ist sehr hoch. Auf lediglich zwei Prozent der Landesfläche kann mit 83 TWh Windstrom mehr Strom erzeugt werden als wir in Österreich derzeit verbrauchen. Alle Bundesländer müssen hier solidarisch ihre Potentiale wahrnehmen und einen aktiven Beitrag leisten. Aktuell steht die Hälfte aller österreichischen Windräder in Niederösterreich.

Niederösterreich konnte in den letzten 30 Jahren seinen Treibhausgasausstoß kaum reduzieren. In keinem anderen Bundesland ist der Energieverbrauch mit über 60 % so stark angestiegen wie in Niederösterreich. Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch liegt lediglich im österreichischen Durchschnitt. Während vier Bundesländer in Österreich bereits mehr erneuerbaren Strom erzeugen als sie verbrauchen, braucht Niederösterreich noch immer fossile Energie für die Stromversorgung. Mit 22 Prozent gehört der Anteil der fossilen Energie an der Stromerzeugung sogar (mit Oberösterreich, Steiermark und Wien) zu den höchsten Anteilen überhaupt. Der Gesamtenergiebedarf wird nach wie vor zu zwei Dritteln durch fossile und atomare Energieerzeugung bereitgestellt und muss bis 2040 vollständig durch erneuerbare Energie ersetzt werden.

Die Ausweisung geeigneter Flächen für die Nutzung erneuerbarer Energien durch die Landespolitik ist zentral für eine sichere, heimische Energieversorgung. Darüber hinaus soll die Ausweisung dieser Flächen auf Landesebene kein eigenes Widmungsverfahren auf Gemeindeebene mehr erforderlich machen. Eine Zustimmung der Gemeinde zum Projekt muss ausreichen. Dieses Verfahren ist zum Beispiel in der Steiermark positiv erprobt.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert

1. ein Konzept auszuarbeiten, welches eine raschen Überarbeitung des Raumordnungsprogrammes Windkraftnutzung und der Ausweisung weiterer Zonen zur Folge hat. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Ergebnisse von Raumordnungsprozessen in Genehmigungsprozesse einfließen und Doppel- und Dreifachprüfungen, etwa beim Landschaftsbild, vermieden werden.
2. Die Schaffung eines Behördenapparats, der dem Ausmaß der Verfahren angemessen ist (insbesondere Jurist\_innen und Amtssachverständige).

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Kommunal-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.